



# DIALOG IV - Themenworkshop: „Beteiligung als Voraussetzung für Inklusion?“

Benedikt Beer

Fachberatung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Landesjugendamt Rheinland-Pfalz



# AGENDA

---

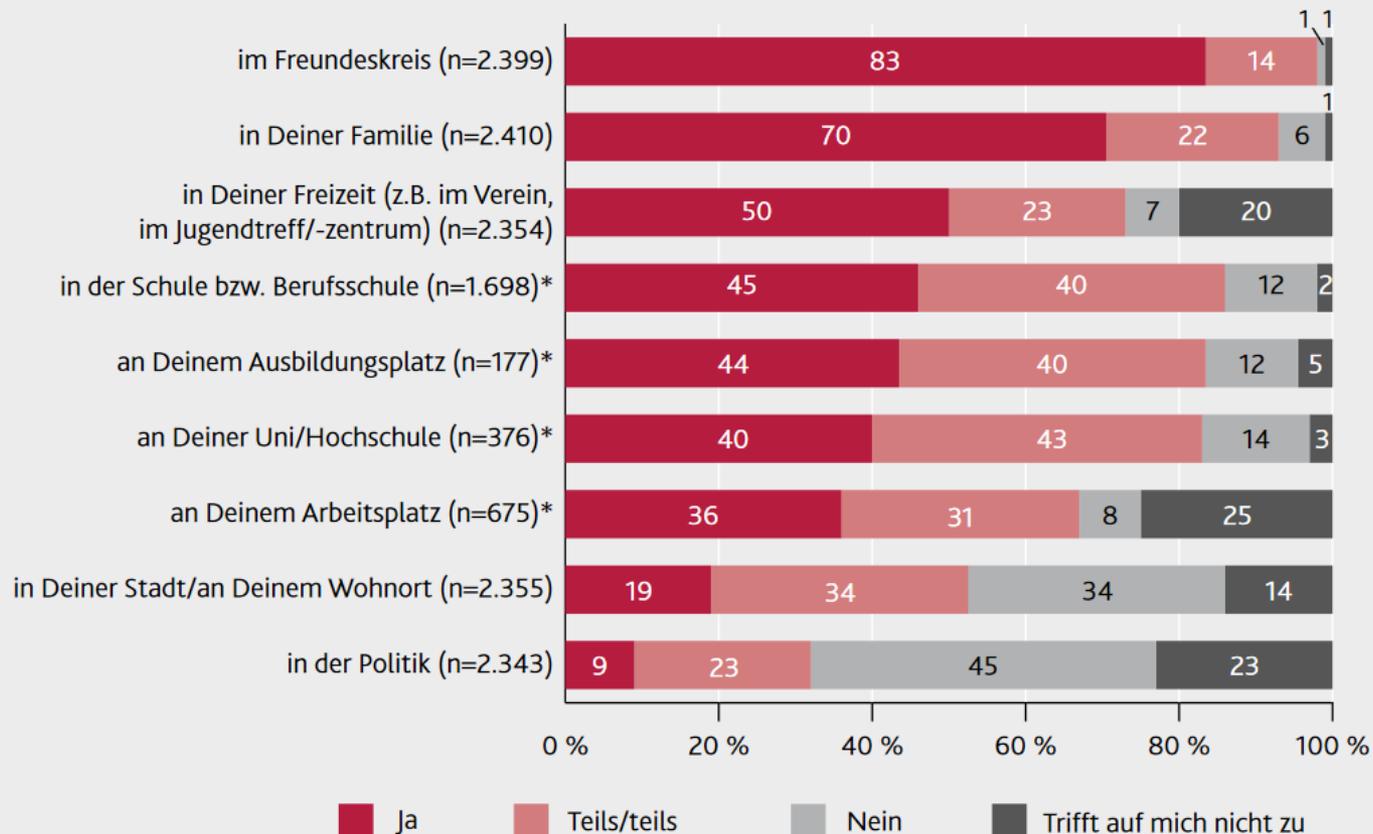
- I. Mitbestimmung aus Sicht der Jugendlichen
- II. Schlussfolgerungen des Berichts
- III. Stellungnahme der Landesregierung
- IV. Diskussionsleitfragen



# I. Mitbestimmung aus Sicht der Jugendlichen

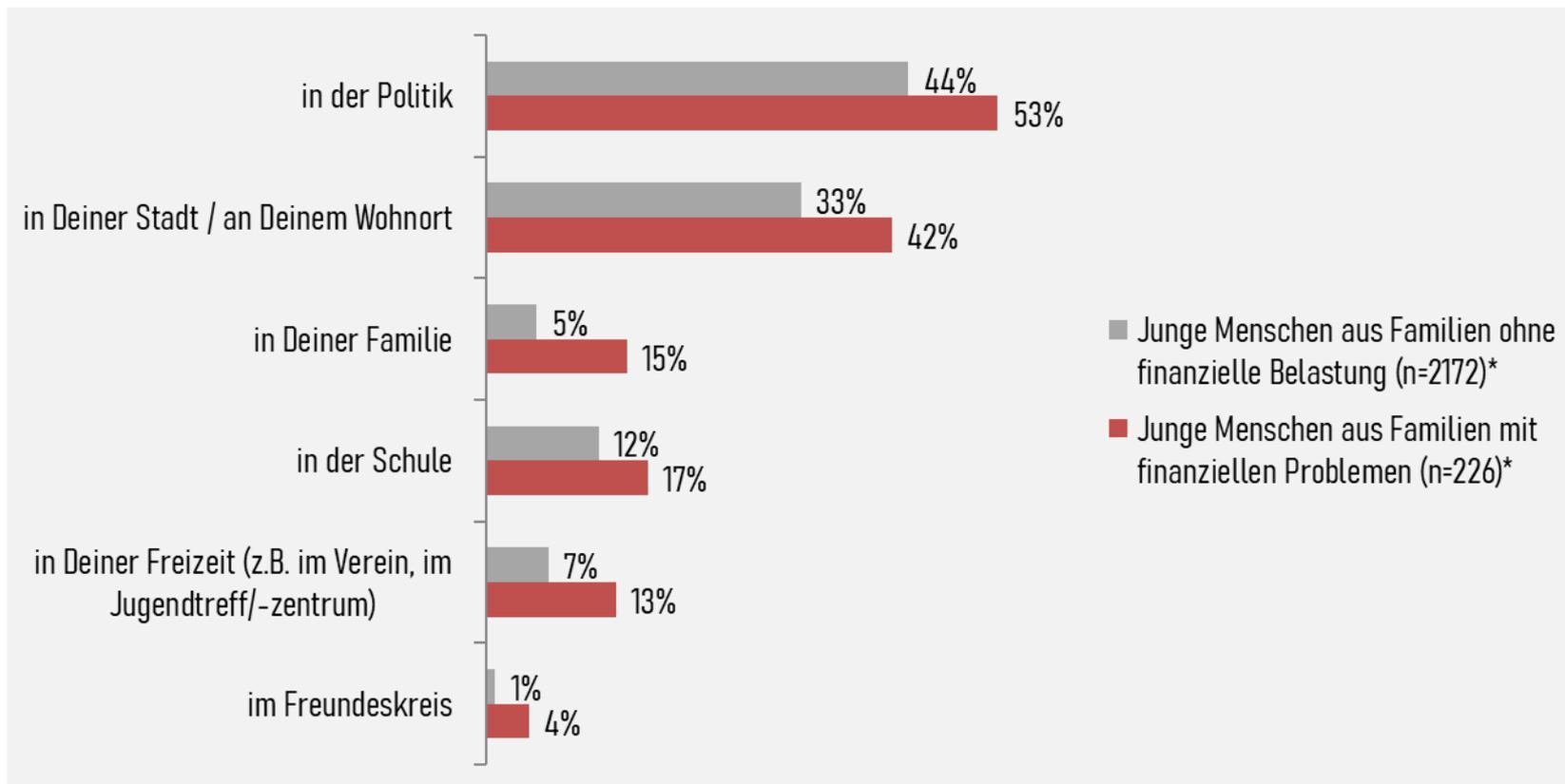


## Einschätzungen zur Mitbestimmung: Hast du das Gefühl, dass du mitreden kannst?



Quelle: Jugendbefragung zum 3. Kinder- und Jugendbericht 2019. \*Die Angaben beziehen sich nur auf einen Teil der befragten Jugendlichen. Diese Items wurden nur abgefragt, wenn zutreffend.

# Mitbestimmungsmöglichkeiten aus Sicht der jungen Menschen differenziert nach finanzieller Situation der Familie: „Nein, ich kann nicht mitreden“



Quelle: Jugendbefragung zum 3. Kinder- und Jugendbericht 2019 (n=2398). \*unter „Junge Menschen aus Familien ohne finanzielle Belastung“ sind junge Menschen gefasst, die angegeben haben, dass ihre Familie meistens oder immer genug Geld zum Leben hat. Bei der Kategorie „Junge Menschen aus Familien mit finanziellen Problemen“ handelt es sich um junge Menschen, deren Familie oft nicht oder nie genug Geld zum Leben hat.



## II. Schlussfolgerungen des Berichts



## Schlussfolgerungen des Berichts

---

- Positives Bewältigungshandeln junger Menschen kann durch mehr Mitbestimmung und Gelegenheitsstrukturen zur Beteiligung sowie einen Zugang zu bedarfsgerechter Infrastruktur gestärkt werden.
- Selbstbestimmte Teilhabe gelingt nur, wenn strukturell gesicherte und zugänglich aktive Beteiligung gefördert und wertgeschätzt wird und folgenreiche Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnet werden.



# Schlussfolgerungen des Berichts

---

- Der Inklusionsbegriff – obwohl noch weitgehend mit dem Fokus auf Behinderung belegt – bietet sich als Oberbegriff für die normative Beschreibung von Teilhabegerechtigkeit, Beteiligung und die Offenlegung und Begründung von Ausgrenzung an.
- Inklusion als Bedingung für selbstbestimmte Teilhabe schafft objektive Voraussetzungen für gelingendes Aufwachsen.



# III. Stellungnahme der Landesregierung



# Stellungnahme der Landesregierung

---

Der Bericht macht schließlich deutlich, dass die Beteiligung der (jungen) Bürgerinnen und Bürger eine Schlüsselkategorie gelingender Inklusion im Sinne einer selbstbestimmten und gleichberechtigten Teilhabe in der Gesellschaft ist. Er legt daher nahe, die rechtlichen Voraussetzungen für eine besondere politische Beteiligung Jugendlicher u.a. durch Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht, erneut auf die politische Agenda zu setzen.



# Stellungnahme der Landesregierung

---

Eine auf Inklusion ausgerichtete Jugendpolitik muss daraus folgende Konsequenzen ziehen: Zum einen ist die örtliche Jugendarbeit so auszubauen, dass sie flexibel auf Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen eingehen kann. Zum anderen muss die örtliche Jugendhilfeplanung so gestärkt werden, dass sie vernachlässigte Zielgruppen vor Ort ausmachen, unter Beteiligung der betroffenen jungen Menschen deren spezifische Bedarfe ermitteln und die Entwicklung angemessener Bedarfsdeckung unterstützen kann. Darauf hebt der Bericht ab.



# IV. Diskussionsleitfragen



# Diskussionsleitfragen

---

Wie ist der Stand aktuell bei Ihnen vor Ort bzw. welche Aussage ist für Sie besonders relevant?

Was sind Handlungsstrategien, um die Ziele zu befördern?

Wo sehen Sie in Ihrem Handlungsbereich die konkrete Möglichkeit, Einfluss zu nehmen?



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,  
JUGEND UND VERSORGUNG

# Vielen Dank!

Benedikt Beer

Fachberatung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Landesjugendamt Rheinland-Pfalz

[beer.benedikt@lsjv.rlp.de](mailto:beer.benedikt@lsjv.rlp.de)

06131/967-451